Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur
- Gegen Empfangsbekanntnis

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

**Verbandsgemeindewerke Katzenelnbogen
Burgstrasse 1
56368 Katzenelnbogen**

Bahnhofstraße 49
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 16355
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

Datum

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
33- GE 288 Rü/Ts		Beate Rüffel	02602 152-161
Bitte immer angeben!		Beate.Rueffel@sgdnord.rlp.de	0261 120-888161

Vollzug der Wassergesetze;

Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus dem Brunnen „Wässerntal / Sanatorium“

Lage: Gemarkung Katzenelnbogen, Flur 10, Flurstück 18

WFG-Nr.: 303 034 105

I. ERLAUBNISBESCHEID

(einfache Erlaubnis)

1.

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Katzenelnbogen wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz –

1/12

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 462, 480, 481
Haltestelle Bahnhofstraße

Parkmöglichkeiten
Bahnhofstraße
Gerichtsstraße

WHG-), sowie den §§ 26, 27 Abs. 2, § 34 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe b, 105 Abs. 2 und 107 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

einfache wasserrechtliche Erlaubnis

erteilt,

**zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung des Versorgungsgebietes
„Katzenelnbogen“**

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen,

aus dem Brunnen „Wässerntal / Sanatorium“ in der Gemarkung Katzenelnbogen, Flur 10, Flurstück 18, Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.

Die zulässige Höchstentnahmemenge beträgt:

3,0 l / Sekunde

11 m³ / Stunde

220 m³ / Tag

80.000 m³ / Jahr

2.

Antrags- und Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die vom Ing.-Büro Dankof. 65582 Diez, erstellten Unterlagen und Pläne vom 21.05.2002, sowie aktuelle Wasseranalysen zu Grunde.

Diese sind Bestandteil des Bescheides.

3.

Widerrufsvorbehalt:

Diese Erlaubnis ist widerruflich (§ 18 Abs. 1 WHG).

4.

Befristung:

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **31.08.2013**.

5.

Ordnungswidrigkeiten

Eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§ 13 WHG) gilt gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- EUR geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG).

6.

Auflagen und Bedingungen:

- 6.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der Trinkwasserverordnung in der Fassung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), genügt.
- 6.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 6.3 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 6.4 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.
- 6.5 Die Grundwasserabsenkung ist auf maximal 5 µGOK zu begrenzen.
- 6.6 Zu den erforderlichen regelmäßigen Untersuchungen nach der Trinkwasserverordnung sind zusätzliche Analysen alle 6 Monate im Hinblick auf folgende Parameter durchzuführen :

- Mikrobiologische Untersuchung (Parameter gemäß Anlage 1 der Trinkwasserverordnung)
- AOX
- BTEX

Die vg. Analysen sind der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises –Abt. Gesundheitswesen-, sowie der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur, vorzulegen.

7.

Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

8.

Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 8.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 8.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 und 101 WHG steht,
- 8.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 8.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die Auswirkungen auf die Ausübung des Wasserrechtes hat, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Bahnhofstraße 49, 56410 Montabaur, zulässig ist.

- 8.5 die Übertragung der Erlaubnis in Abweichung der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Bahnhofstraße 49, 56410 Monta-

baur bedarf.

III.

Kostenentscheidung und -festsetzung:

Kostenfestsetzungsbescheid

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

156,32 EUR

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren: 123,08 EUR

Auslagen: 33,24 EUR

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 EUR bis .5.315,00 EUR) der Landesverordnung über die

Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) in der Fassung vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das

Konto Nr. 72900 (IBAN DE45 57050120 00000 72900)

BLZ 570 501 20 (BIC MALADE51KOB)

bei der Sparkasse Koblenz

unter Angabe des Kassenzzeichens: **2001.33.10.1.245.1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

IV.

Begründung:

Der Brunnen „Wässertal/Sanatorium“ versorgt zusammen mit verschiedenen anderen Gewinnungsanlagen das Versorgungsgebiet „Katzenelnbogen“ mit Trinkwasser.

Über dolomitisches Material findet eine Enteisung und Entmanganung des Rohwassers statt. Anschließend wird durch Belüftung entsäuert; eine Desinfektion erfolgt nicht.

Das Wasserschutzgebiet für den Brunnen ist am 25.03.1998 erloschen. Das Ing.-Büro Wasser und Boden erstellt zur Zeit ein geologisches Gutachten für eine Neuabgrenzung des Wasserschutzgebietes.

Aufgrund der störenden Anlage sind die zusätzlichen Analysen zumindest bis zur Neuabgrenzung des Schutzgebietes auch weiterhin durchzuführen.

Die Schutzzone I wurde neu eingezäunt. Des weiteren sollte darauf geachtet werden, dass die Beweidung im Einzugsbereich des Brunnens ordnungsgemäß erfolgt und die Grasnarbe nicht zerstört wird.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Eine einzelfallbezogene Vorprüfung gemäß § 25 UVPG hat ergeben, dass durch die beantragte Maßnahme keine nachteiligen Auswirkungen auf die in § 2 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten sind, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich war.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur für diese Entscheidung ist in den §§ 34, 105 und 107 LWG geregelt.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschreitet (§§ 1 a Abs. 1 WHG, 26 Abs. 2 LWG).

Eine bis zum **31.08.2013 befristete einfache Erlaubnis** konnte somit erteilt werden.

Die einfache Erlaubnis kann gemäß § 31 Abs. 1 LWG um eine angemessene Frist verlängert werden, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder, wenn diese nicht berührt sind, Rücksichten von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstehen. Der Antrag auf Verlängerung der Frist ist gemäß § 31 Abs. 2 LWG, spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

V.

Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz

Bahnhofstraße 49

56410 Montabaur

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Wolfgang Beck)

Rechtsgrundlagen

- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG -) vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.10.2007 (GVBl. S. 191);
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585);
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 25.06.2005 (BGBl. I S. 1757); zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.10.2007 (BGBl. I S. 2470);
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV) vom 18.09.1995 (GMBI. S. 671);
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 8 des Gesetzes vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG -) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.07.2003 (GVBl. S. 155);
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch § 62 Abs. 11 des Gesetzes vom 17.06.2008 (BGBl. I S. 1010);
- Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 212);
- Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.07.2005 (GVBl. S. 320);
- Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001) vom 21.05.2001 (BGBl. S. 959), zuletzt geändert durch Artikel 363 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung - VawS) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.11.2005, GVBl. S. 491);
- Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13.12.2007 (BGBl. I S. 2904);
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387);

11/12

Kernarbeitszeiten

09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung

ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 462, 480, 481
Haltestelle Bahnhofstraße

Parkmöglichkeiten

Bahnhofstraße
Gerichtsstraße

- Landesfischereigesetz (LFischG) vom 09.12.1974 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2004 (GVBl. S. 198);
- Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I Nr. 52 vom 01.10.2004 S. 2414); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316);
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.07.2007 (GVBl. S. 105);
- Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.07.2003, (GVBl. S. 212);
- Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165).